

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

25.10.1902 (No. 293)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 25. Oktober.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 293.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt der Verlag dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1902.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate November und Dezember nimmt jede Postanstalt entgegen.
Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 16. Oktober 1902 gnädigst bewogen gefunden, dem Lakaien Gütinger im Dienste Seiner Königlichen Hoheit des Fürsten von Hohenzollern die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 15. Oktober 1902 gnädigst geruht, den Obersteuerinspektor Augustin Kleiser in Thingen zum Finanzamt Offenburg, den Obersteuerinspektor Albert Gaug in Donauwörth zum Finanzamt Rastatt und den Bezirkssteuerinspektor Max Fleischmann in Stodach zum Finanzamt Donauwörth, sämtlich in gleicher Eigenschaft zu versetzen; ferner den Finanzassessor Ludwig Wabel in Pforzheim zum Vorstand des Finanzamts Stodach und den Finanzassessor Bernhard Bürck in Köln zum Vorstand des Finanzamts Thingen, beide unter Verleihung des Titels Bezirkssteuerinspektor zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 15. Oktober 1902 gnädigst geruht, die Finanzpraktikanten Johann Ehrler von Heiterheim, Karl Schütz von Kapfenau und Hermann Nedermann von Freudenberg unter Verleihung des Titels Finanzassessor zu zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung mit Hauptamtskontrollleurstrang zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 15. Oktober 1902 gnädigst geruht, den Notar Franz Würtz in Pforzheim in den Amtsgerichtsbezirk Durlach zu versetzen.
Dem Justizministerium wurde dem Notar Würtz das Notariat Durlach I zugewiesen.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Ueberbürdung.

Während bisher immer nur über die Beschwerden geklagt wurde, die den Mitgliedern des Reichstags aus der langen Dauer der Verhandlungen über die Zolltarifvor-

lage erwachsen, hat in der Reichstagsverhandlung vom Mittwoch ein Redner der Linken darauf hingewiesen, in wie hohem Maße dadurch der Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky belastet wird, der an allen diesen Sitzungen theilzunehmen genöthigt ist. Dieser Hinweis ist nur zu berechtigt. Denn während im allgemeinen die Mitglieder des Reichstags nach Beendigung der parlamentarischen Arbeiten sich erholen können, liegt dem Staatssekretär des Innern neben seinen parlamentarischen Arbeiten, und in der Zeit, welche diese freilassen, die Wahrnehmung seiner sämtlichen Amtsgeschäfte ob. Dasselbe gilt aber nicht nur von diesem Vertreter der Regierung bei den Verhandlungen über den Zolltarif, sondern auch von allen übrigen Vertretern des Bundesraths und den Regierungskommissaren, welche an den Verhandlungen ständig theilzunehmen haben. Auch sie haben nach Erledigung der parlamentarischen Geschäfte ihre gesammten dienstlichen Verpflichtungen zu erfüllen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß bei der Ausdehnung der parlamentarischen Verhandlungen sie überwiegend die Nacht zu Hilfe nehmen müssen, um ihre Geschäfte auch nur über Wasser zu halten. Das ist schon unter dem sachlichen Gesichtspunkte äußerst mißlich. Es ist aber auch gewiß, daß das Maß der Ueberanstrengung, welches sich die betreffenden Beamten jeden Ranges zumuthen müssen, um der Pflicht ihres Amtes gerecht zu werden, auf die Dauer nicht ohne schädliche Einwirkung auf ihre Spannkraft und auf ihre Gesundheit bleiben kann. Zeugt daher der Hinweis des Parlamentsredners der Linken betreffs der schweren Belastung der Minister und anderen Regierungsvertreter durch die lange Dauer der Reichstagsverhandlungen über den Zolltarif von durchaus richtiger Kenntniß der Verhältnisse, so sollte auch von dieser Seite aus den letzteren der logische Schluß gezogen werden, daß die Verhandlungen auf das sachlich gebotene Maß zu beschränken und nicht aus Parteier oder aus sonstigen taktischen Rücksichten über Gebühr auszuweiten sind. Bisher allerdings hat man von solchen praktischen Konsequenzen aus jener richtigen Erkenntniß nichts wahrnehmen können. Vielmehr hat gerade die Linke des Reichstages durch Reden von bisher nie dagewesener Länge die Verhandlungen weit über das notwendige Maß hinaus verlangsamt. Vielleicht aber bricht sich in der Folge die Ueberzeugung Bahn, daß nicht nur die Reichstagsabgeordneten selbst unter dieser Verschleppungstaktik ernstlich zu leiden haben, sondern auch wichtige staatliche Interessen.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 23. Oktober.

Abg. Stolle (Soz.) fortfahrend: Für direkte Steuern seien die Mehrheitsparteien nicht zu haben, denn dadurch würden die Besitzenden belastet. Durch den hohen Gersten- und Hafenzoll

würden Tausende kleiner Bauern in Sachsen ruiniert, weil die Preise der Futtermittel bedeutend steigen würden. Dadurch, daß die sächsische Regierung ihre Zustimmung zu dem Tarife gegeben habe, schädige sie auf das Schwerste die sächsische Landwirtschaft. Der Antrag des Centrums, die Ueberträge aus den Zöllen für eine Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden, sei garnicht ernst gemeint.

Abg. Heim (Centr.) führt aus: Gerste ist kein Brodgetreide. Hier ist also kein Brodwucher, und ich hätte eigentlich gehofft, daß die Sozialdemokraten uns hier helfen würden, einen höheren Zoll zu erreichen. Ursprünglich hatte die preussische Regierung 4 M. Mindestzoll für Gerste haben wollen, ein bayerischer Minister hat den Satz auf 3 M. heruntergesetzt. (Lärm.) Die Großbrauereien brauen theureres Bier, wie die kleinen, aus Gründen, die in der ungesunden Konkurrenz im Wirthsgewerbe liegen. Wenn die Auslandsgerste so leicht herinkommt, und es so weitergeht wie jetzt, so werden wir auch hier Syndikat bekommen, und die Vertheuerung des flüssigen Brodes wird schnell vor sich gehen. Die Rede des Abg. Müller-Meinungen ist von der „Deutschen Tageszeitung“ für eine Bierrede erklärt worden. Ich muß ihn in Schutz nehmen, wenn das Bier so wässrig wäre, wie kein im lyrischen Tenor servirtes Jungentrout, dann wäre die Gerstenzollfrage gelöst. (Heiterkeit.)

Abg. Schwarz-Münden (fraktionslos) spricht vom Standpunkte der Konsumenten gegen die Gerstenzollerhöhung. Bayerischer Bundesbevollmächtigter Geiger tritt den Bemerkungen des Abg. Heim entgegen, die derselbe über die Mitwirkung des bayerischen Finanzministers bei der Bemessung des Gerstenzolls durch die Verbündeten Regierungen gemacht hat. Uebrigens habe Heim ja selbst zugegeben, daß er eine genaue Kenntniß von den betreffenden Vorgängen nicht besitze.

Es geht ein Antrag auf Debatte-schluss ein. Abg. Singer beantragt hierüber namentliche Abstimmung. Der Schlussantrag wird darauf zurückgezogen.

Abg. Singer (Soz.) macht demgegenüber geltend, daß die Zurücknahme des Antrages jetzt nach der Geschäftsordnung nicht mehr zulässig sei. Vizepräsident Graf Stolberg erkennt dies an. Die namentliche Abstimmung über den Antrag auf Debatte-schluss wird hierauf vorgenommen. Es stimmen 315 Abgeordnete ab. Der Antrag wird mit 209 gegen 104 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Abg. Müller-Meinungen und Bargmann erklären, hierdurch verhindert zu sein, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Referenten Sped und Graf Schwerin-Löwis verzichten auf das Schlusswort.

Es folgen Abstimmungen über den Gerste- und Hafenzoll, und zwar sind 12 Abstimmungen vorgesehen, davon vier namentliche.

Zuerst wird abgestimmt über den Minimalzoll für Gerste nach dem Antrag Heim (6 M.). Diese Abstimmung ist auf den Antrag Barth namentlich. Der Antrag Heim wird mit 242 gegen 83 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Minorität bilden die bayerischen Centrumsabgeordneten, der Bund der Landwirthe, ein Theil der Konservativen und Antisemiten, die nationalliberalen Hospitanten von Kaufmann-Helmstedt und Lichtenberger, sowie Graf Oriola und Deimhard (nat-lib.).

Der Kommissionsantrag auf einen Gerstenminimalzoll von 5/2 M. im Tarifgesetz wird mit 133 gegen 133 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen. Die Mehrheit bilden die gesammte Rechte, die Antisemiten, Polen, das Centrum und die fünf Nationalliberalen Oriola, Deimhard, von Kaufmann, Lichtenberger und Hilde. Hierauf wird die Position Gerste im autonomen Tarifentwurf nach dem Kommissionsantrag (7 M.) angenommen. Die übrigen Anträge betreffend Gerste entfallen dadurch.

Vor zweihundert Jahren.

Die Schlacht bei Friedlingen am 14. Oktober 1702.

V. (Schluß.)

Wie Bliz und Donnerschlag war das Verhängniß über die deutsche Reiterei hereingebrochen. Ungewöhnlich waren ihre Verluste an Offizieren, die mit der größten Aufopferung die Flüchtigen zu halten suchten. Graf von Soltern-Sigmaringen war gefallen, General von Stauffenberg schwer verwundet, Oberst Merz mit dem erschossenen Pferde gestürzt. Die Franzosen erbeuteten zahlreiche Trophäen. Allein General Magnac hielt seine Eskadronen gut zusammen. Als die verfolgenden Reiter aus den Dörfern am Rande des Gefechtsfeldes Feuer bekamen und kein Angriffsobjekt mehr fanden, ging Mognac in die Gegend seiner ersten Aufstellung zurück.

Unterdessen hatte auch das Infanteriegefecht auf der Tällinger Höhe einen ungünstigen Fortgang genommen. Zwar hielten die Truppen standhaft zusammen, aber sie mußten wieder vor der französischen Uebermacht den Wald räumen. Etwas nördlich von der Stelle, wo die deutsche Infanterie zuerst aufmarschirt war, liegt eine leichte Erhöhung des Tällinger Bergrückens — ungefähr was jetzt Gisi-Platz genannt wird. Dorthin führten Graf Prosper Fürstenberg und der Erbprinz von Baden-Durlach ihre zusammengeschmolzenen Bataillone. Selbst jetzt folgten ihnen die Franzosen nicht über den Nordrand des Räderholzes nach. — Die Schlacht stand auf ihrem Wendepunkt und die Aussichten des Markgrafen waren schlecht genug.

Wohl um diesen Zeitpunkt begab sich der Markgraf auf den Tällinger Berg zu seiner Infanterie. Seine Gegenwart belebte den Muth der Truppen. Der Markgraf befehligte einen letzten Versuch, obwohl sich die Bataillone vollständig verschossen hatten. General von Erffa aus den Haltungen Weinbergen her und Graf Prosper Fürstenberg mit den Dragonerschwadronen, welche seit Beginn des Gefechts links der Infanterie standen, sollten sich daran betheiligen.

Als ob das Kriegsglück in der gleichen Schlacht zu dem Kavalleriegefecht ein Gegenstück geben wollte, verlieh es dem gleichzeitigen und gemeinsamen Vorgehen der ausdauernden Truppen einen vollen und uneingeschränkten Erfolg.

Vom Beginn der Schlacht an befand sich, wie wir wissen, Villars bei der Infanterie auf dem Tällinger Berg — in richtiger Erkenntniß, daß hier die Entscheidung des Tages fallen müsse. Als der nördliche Waldrand zum dritten Mal in den Händen der Franzosen war, hielten sie die Schlacht für gewonnen. Von der Höhe aus hatten sie die Flucht der deutschen Reiterei beobachtet und nun drängten einzelne Leute und Truppentheile nach der Ebene hinunter, sei es im Eifer den Sieg zu vollenden, sei es in der Absicht, ihren Antheil an der Beute des Reitergefechts zu holen. Ihnen kamen die Bataillone Erffas in die Flanke und den Rücken; völlig überrascht ließen sie mit großem Geschrei in den Wald zurück und verbräteten Schrecken und Verwirrung unter den Truppen, deren die Offiziere nicht mehr Herr werden konnten. Villars selbst sprengte an die Truppen heran,

ergriff eine Fahne und suchte sie mit dem Rufe „Vive le roi“ vorzuführen. Man rief wohl „Vive le roi“, aber man folgte ihm nicht. Villars sah, daß hier oben nichts mehr zu halten sei. Er verließ die Höhe; wäre dabei fast den am Hange vorgehenden deutschen Truppen (Graf Arco) in die Hände gelaufen und begab sich zur Kavallerie, die ihn in der Freude ihres Sieges als Marschall von Frankreich begrüßten.

Auf der Höhe loderte indessen das Gefecht von neuem auf; nicht ohne heftigen Kampf, aber ohne Rückschlag, meist im Handgemenge — denn auch die Franzosen hatten sich verschossen — wurde die feindliche Infanterie aus dem Walde vertrieben und in voller Flucht den Berg hinunter gejagt. Hier fehlte die französische Kavallerie der Verfolgung eine Schranke, nicht aber der Flucht ihrer Infanterie.

Damit erlosch das Gefecht. Es wird in der zweiten Nachmittagsstunde gewesen sein.

Generalleutnant des Vordes und General Chavannes hatten auf dem Tällinger Berge den Feldentod gefunden. General Chamilly und Chamarande waren schwer verwundet worden.

Welche Verwendung die Brigade Robecq hatte, ist nicht ersichtlich.

Der Markgraf sammelte und ordnete seine Infanterie, stellte sie oberhalb Haltungen in Schlachordnung auf und wartete das Weitere ab. Der Fürst von Hohenzollern, General Kuffel, der schwerverwundete Stauffenberg und viele Kavallerieoffiziere fanden sich hier beim Markgrafen

Abg. Heim (Centr.) zieht einen Antrag auf einen Hafenzoll von 6 M. zurück. (Hört, hört, links.)
Es folgt nunmehr namentliche Abstimmung über den Kommissionsantrag Mindestzoll für Hafer 5/4 M. Der Kommissionsantrag wird mit 180 gegen 139 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.
Ebenso wird die Tarifposition Hafer nach dem Kommissionsantrag (7 M.) angenommen. Die übrigen Bestimmungen entfallen dadurch.
Fortsetzung morgen 1 Uhr, Schluß 6 Uhr.

* Berlin, 24. Oktober.

(Telegraphischer Bericht.)

Die zweite Verathung der Zollvorlage wird bei den von der Kommission hinzugefügten Mindestsätzen für Pferde fortgesetzt.

Ein Antrag Wangenheim will die Mindestsätze erhöhen, verbunden damit steht zur Diskussion die bezügliche Position 99 des Tarifs.

Abg. Gerold referirt, Graf Kanitz habe die Bedeutung der Pferdezuucht für Landwirtschaft und Seerwesen betont. Die Armee decke etwa fünf Ahtel der Remonte aus Westpreußen, schon daraus erweise sich die Nothwendigkeit, die Pferdezuucht möglichst rentabel zu erhalten. In Kriegszeiten seien es 100 000 Pferde mehr als in Friedenszeiten. Die französische Regierung habe seinerzeit das sechsfache des bestehenden Zolles beantragt.

* Berlin, 24. Okt. Reichstagsabgeordneter Jakobson (8. Schleswig-Holstein) legte sein Reichstagsmandat nieder.

Ausstände.

* Paris, 23. Okt. Deputirtenkammer. Jaurès (Soz.) erklärt, die gestrige Entscheidung der Senatskommission über die Dauer des Arbeitstages in den Bergwerken erspare ihm ein Eingehen auf diesen Theil der Frage. Jaurès behandelt dann unter Verwendung eines reichlichen Zahlenmaterials die — gütige — Lage der Bergwerksgesellschaften. Die Kammer müsse dem Ministerpräsidenten die moralische Autorität geben, damit er die Gesellschaften zur Annahme seines Schiedsrichteramtes bringen könne. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung, erklärt Ministerpräsident Combes: Die Regierung hat die Pflicht, sich über die Gründe zu erklären, die sie veranlaßt haben, Truppen in die Ausstandsgebiete zu senden, und darüber, was sie zu thun beabsichtigt, um den Ausstand einem baldigen Ende zuzuführen. Es sei unmöglich, in solchen Bewegungen sich für den Schutz der Personen und des Eigentums allein auf den guten Willen der Betheiligten zu verlassen. Die Entsendung von Truppen war ein Akt notwendiger Vorsicht, wir mußten die Personen und Sachen vor Gewaltthatigkeiten schützen, die Arbeitsfreiheit sichern und das den Arbeitern zustehende Ausstandsrecht in den Grenzen der rechtmäßigen Ausübung achten. Diesen Erwägungen ist die Regierung vom ersten Augenblick an gefolgt. Man würde mit Unrecht behaupten, daß sie ihren Zweck nicht erreicht habe. Der bedauerliche Zwischenfall in Terre Noire (Departement Loire) hat nichts mit dem Ausstand zu thun. Das Gericht wird sagen, ob der angeklagte Gen darm schuldig ist oder nicht. Die Bergarbeiter haben eine Darlegung ihrer Forderungen eingereicht, die fünf Punkte umfaßt. Der erste betrifft die Arbeitsdauer. Ein Gesekentwurf darüber liegt bei dem Senat. Was die Altersversorgung angeht, so hat die Regierung bereits erklärt, daß sie die Kammer ersuchen wird, den betreffenden Entwurf einer Kommission zu überweisen. Der dritte Punkt — Lohnfrage — erlaubt der Regierung nicht, durch imperative und allgemeine Vorschriften einzugreifen. Die Regelung der Lohnverhältnisse müsse örtlich gesehen durch Verständigung zwischen den streitenden Parteien. Die übrigen Forderungen der Bergleute, die sich auf eine Verbesserung der Arbeiterschutzgesetzgebung und Schaffung eines Arbeiterschiedsgerichts beziehen, wird die Regierung mit dem größten Wohlwollen prüfen. Sie ist zu einer verständlichen Vermittelung zwischen den Ausständigen und den Gesellschaften bereit und wird alles thun, was in ihren Kräften steht, um einem Ausstand ein Ende zu machen, der die französische Kohlenindustrie zu vernichten droht und dem Ausstand Freude macht. (Inhaltender Beifall.)
Paul Beauregard (Rechtsrepublikaner) billigt die Erklärung des Ministerpräsidenten, meint aber, die Regierung hätte dem Ausbruch des Ausstandes vorbeugen können. (Ministerpräsident Combes: Das haben mir die Vertreter der Gesellschaften unmöglich gemacht. Ich habe ihnen ein freundschaftliches Schiedsgericht vorschlagen lassen.) Infolge

ein. Sie brachten aber nur wenige Hundert ihrer Reiter mit, die sie aufzusammeln vermochten hatten.

Als der Abend sich nahte, ohne daß vom Feinde noch etwas unternommen worden war, rückte der Markgraf gegen Staufen ab, indem er von den auf dem Berge zurückgelassenen französischen Geschützen mitnahm, was er bespannen konnte.

Billars behielt nur den Rand des Hochgestades südlich Weil („In den Fiedten“) mit einem Theil seiner Infanterie besetzt; die auf ihre Trophäen so stolze Kavallerie ging unter die Kanonen von Hünningen zurück und schlug zwischen Friedlingen und der Festung ihr Lager auf. Billars aber schrieb, während ihm der Markgraf noch gegenüber stand, eine Siegesbotschaft an den König:

Lager bei Friedlingen,
den 14. Oktober, 5 Uhr Abends.

„Euer Majestät haben eine Schlacht gewonnen. Wir haben viel Fahnen, Standarten und Pauden erobert. Wir haben dem Feinde alle Geschütze abgenommen, — aber unsere Infanterie hat nach drei siegreichen Angriffen lehr gemacht und mich dadurch verhindert, den Feind zu vernichten. — — —“

Der König belohnte ihn mit dem Marschallstab. Für Frankreich war die Möglichkeit, die Schlacht als einen Sieg zu feiern, nach den Unglücksfällen des verfloffenen Jahres zu vortheilhaft. So geschah alles, was den Ruhm Billars und seiner Armee erhöhen konnte. Die französische Geschichtschreibung — auch Voltaire — wandelte die gleichen Bahnen.

Mangels an Vorsichtsmaßregeln ist jetzt in Dünkirchen der Ausstand in einen Aufruhr ausgeartet. Die Regierung ist die Gefangene der Kollektivität; aus Furcht dieser rührigen Partei zu mißfallen, hat sie die nöthigen Vorkehrungen zu treffen unterlassen. Die Radikalen mögen endlich darüber nachdenken, wohin sie ihr Bund mit den Sozialisten führen muß. (Beifall rechts und im Centrum.)
Von der Rechten wird Verthagung der Weiterberathung auf morgen verlangt. Jaurès wirft der Rechten vor, sie treibe Obstruktion.

Combes nimmt nochmals das Wort zu dem Ausstand in Dünkirchen und sagt, man habe von der Regierung Antwort verlangt, und theilt dann dem Hause zwei Depeschen mit. In der ersten, um 1 Uhr 40 Min. aufgegebenen Depesche berichtet der Unterpräfekt von Dünkirchen folgendes: „Alle Maßregeln sind getroffen, um Aufhebungen zu unterdrücken. Im Laufe des Vormittags haben die Aufhebungen sich erneuert. Die Unterpräfektur selbst wurde angegriffen. Die vorhandenen Truppenkräfte haben sich als ungenügend erwiesen.“ In der zweiten Depesche theilt der Unterpräfekt mit: „Der Ausstand ist beendet. Die Arbeit wird morgen früh wieder aufgenommen. Zwischen Arbeitern und Arbeitgeber ist es zu einer Verständigung gekommen.“ (Langanhaltender Beifall auf allen Bänken.)

Von sieben Tagesordnungen erklärt der Ministerpräsident Combes, daß er nur eine solche annehme, die einen Vertrauensbeschluß enthalte. Das Haus lehnt nach einander die übrigen Tagesordnungen ab und nimmt mit 525 gegen 3 Stimmen den ersten Theil einer von Sarrien, Jaurès, Goussier u. A. eingebrachten Tagesordnung an, die von den Erklärungen des Ministerpräsidenten Akt nimmt; darauf mit 335 gegen 180 Stimmen auch den zweiten Theil, in dem es heißt: Die Kammer hat zu der Festigkeit und Weisheit der Regierung das Vertrauen, daß sie gleichzeitig die Freiheit der Arbeit und das Recht auf Arbeit aufrecht erhält. Schließlich wird mit 481 gegen 95 Stimmen der dritte Theil dieser Tagesordnung angenommen: „Die Kammer fordert die Regierung auf, von ihrem Einfluß dahin Gebrauch zu machen, daß die beiden einander gegenüber stehenden Parteien einen Schiedspruch billigen.“ Diese Tagesordnung Sarrien wird endlich mit 375 gegen 164 Stimmen angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

(Telegramme.)

* Dünkirchen, 24. Okt. Ausständige drangen gestern gegen den Justizpalast während der Verhandlungen vor, welche unterbrochen werden mußten. Auf dem Wege vor dem Justizpalast wurden die Ausständigen von Kavallerie zurückgebrängt. Aus der Menge wurden Fiegel und Steinwürde geschleudert. Ein Leutnant wurde am Kopfe verwundet. — Eine Abtheilung des 20. Jäger-Regiments war damit beschäftigt, die Hafengais von Ausständigen zu säubern, als letztere Frachtwagen mit Säfern im Rücken der Abtheilung umstürzten, so daß diese kurze Zeit am Bordungen gehemmt waren. Die Ausständigen steckten ferner Strohlagerungen und auch Waaren in Brand. Etwa 500 an den Ausstreichungen Betheiligte begaben sich nach Rosendael, um auch dort Brandstiftungen vorzunehmen. Infolgedessen wurden berittene Truppen dorthin geschickt.

* Paris, 23. Okt. Dem „Temps“ wird aus Dünkirchen gemeldet, ausständige Hafnarbeiter stellen auf dem Quai aus Frachtwagen und Säfern Barricaden her, stecken Strohlagerungen, Oel und andere Waaren in Brand und plündern ferner das Haus der Handelsfirma Billille. Da Dünkirchen festung ist, wurde vom Kommandanten der Belagerungszustand proklamirt.

* Dünkirchen, 24. Okt. Gegenüber der Meldung des „Temps“ wird festgestellt, daß der Belagerungszustand nicht verhängt worden ist. Der hierher beorderte General hält sich ständig im Rathhause auf. Die Stadt ist von Truppen besetzt und es treffen immer weitere Truppentransporte auf dem Seewege ein.

* Paris, 24. Okt. Ein Telegramm aus Dünkirchen bestätigt die Nachricht, daß der Ausstand beendet ist. In dem Telegramm heißt es weiter, die Delegirten der Grubenarbeiterverbände hätten dem Präfecten des Departements Nord erklärt, daß sie jede Verantwortlichkeit für die Gewaltthatigkeiten ablehnen, welche gestern stattfanden. In der Sitzung der Kammer hatte Ministerpräsident Combes erklärt, er habe keine Kenntniß davon, daß der Belagerungszustand über Dünkirchen verhängt sei.

* Dünkirchen, 24. Okt. Einige Hafnarbeiter haben heute Vormittag die Arbeit aufgenommen, auf Drängen der Grubenarbeiter aber wieder eingestellt. Sie verlangen, daß 5 Personen, die während der gestrigen Kundgebungen verhaftet wurden, aus der Haft entlassen werden. Am Mittag traten die Arbeiter zu einer Versammlung zusammen, um über die Frage abzustimmen, ob der Ausstand fortgesetzt werden soll.

* Paris, 24. Okt. Dem Wunsch der Kammer gemäß wird der Ministerpräsident Combes morgen in Verhand-

Billars selbst beanspruchte, mit der Miene des kommenden Heerführers von Frankreich, den vollen Ruhm des Sieges; und allerdings die Thatfache, daß er auf dem rechten Rheinufer stand, sowie die der deutschen Kavallerie abgenommenen zahlreichen Trophäen gaben dafür einen plausibeln Beleg.

Indessen, wie es nicht die Aufgabe dieser Skizze sein kann, in eine kritische Betrachtung der Begebenheiten in der Friedlinger Schlacht einzutreten, so soll auch nicht die seit zweihundert Jahren umstrittene, ziemlich müßige Frage aufgeworfen werden, wer Sieger war. Während Billars seinem König den Sieg verkündete, verschanzte er sich angesichts der feindlichen Armee auf dem äußersten Rande des Schlachtfeldes, das ihm der Markgraf am Morgen freiwillig zu überlassen im Begriffe stand. Die Bedeutung dieser Schlacht konnte erst durch eine zweite Schlacht entschieden werden. Billars unterließ den Versuch. Der Markgraf hatte seinen aufbrängenden Gegner doch recht nachhaltig abgeschüttelt.

Allerdings hatte sich der Markgraf bei Staufen wesentlich stärker aufgethan als bei Friedlingen. So behält der Anspruch des Markgrafen sein Recht, daß fernerhin „die französische Infanterie schwerlich viel große Sprünge machen werde“, wie auch das Urtheil Marlborough's: l'objet de M. de Villars a été de joindre l'électeur de Bavière; s'il l'exécute, la victoire est de son côté.

Unserem schönen und treuen Markgräferland, das den Schauplatz dieser Ereignisse bildete, seien die letzten Worte dieser Schilderung gewidmet, um ihm zu zeigen, welches

Lungen mit den Vertretern der Grubengesellschaft in und der Arbeiter treten.

* Calais, 24. Okt. Das Syndikat der Hafnarbeiter beschloß in einer neuen Versammlung, die Arbeit auf allen Schiffen, mit Ausnahme der Kohlenfahrzeuge, aufzunehmen.

* Willesbarre, 23. Okt. Berichten aus den Anthrazitkohlengebieten zufolge, sind ungefähr 70 Prozent der Kohlenruben wieder in Betrieb.

Aus dem Unterhause.

(Telegramme.)

* London, 23. Okt. O'Keilly (irischer Nationalist) fragt an, ob die von der Regierung in der letzten Tagung angekündigte Politik der Erhaltung des Status quo auf den Status quo im Adriatischen Meere Anwendung finde und ob die Regierung irgendwie Nachricht habe über das vom Minister Delcassé öffentlich erwähnte Abkommen zwischen Italien und Frankreich, betreffend eine etwaige Störung des Status quo. Parlamentsuntersecretär Cranborne erklärt, die Antwort auf die erste Frage sei Ja. Er setzt hinzu, der Regierung sei nichts von irgend einem Abkommen zwischen Frankreich und Italien, das eine Störung des Status quo im Mittelmeer involvire, bekannt. Howard Vincent (Cons.) fragt an, ob bei der Regelung der Finanzen für Transvaal und den Orange-Freistaat eine Bevorzugung englischer Waare vorgesehen sei. Chamberlain erwidert, die südafrikanischen Kolonien würden in Kürze eine Zollkonferenz abhalten. Es wäre daher verfrüht, wenn er jetzt eine Erklärung abgeben wollte. Generalpostmeister Austen Chamberlain antwortet auf eine Anfrage, daß eine Fernsprechverbindung London—Berlin zur Zeit unmöglich sei.

Nach Verlesung eines Telegramms über die Vorgänge in Somalia erklärt Cranborne, daß Maßregeln zur Verhinderung der Truppen getroffen seien. Er fügte hinzu, wenn schlechte Nachrichten kämen, hätte die Regierung noch weitere Truppen zur Verfügung zu Verfügung. (Beifall.) Während der Interpellationen wurden die Fragen, welche durch die Antworten des Parlamentssecretärs für Irland nicht zufriedengestellt waren, fort, eine große Anzahl von Ergänzungsfragen zu stellen, trotz Anordnungen des Sprechers. Es erhob sich darauf große, längere Zeit anhaltende Unruhe und Lärm. Die Fragen versuchten darauf, Verthagung zu beantragen, um das Vorgehen der irischen Executive besprechen zu können, welche Politik im Auge befiehe, obgleich sie des Meinesdes schuldig seien. Der Sprecher verweigerte die Erlaubniß. Darauf von neuem Unruhe. Schließlich erlangte Derlin (irischer Nationalist) die Erlaubniß, die Verthagung zu beantragen, um die letzten religiösen Unruhen in Belfast besprechen zu können. Der Antrag soll am Schluß der Sitzung beraten werden. Handelsminister Walfour erklärt auf Anfrage, daß für Aufrechterhaltung der zentralen Organisation in Kopenhagen in Verbindung mit dem internationalen Plane von Meeresunternehmungen in der Nordsee zu Fischereizwecken eine Summe von 4800 Pfund jährlich erforderlich sei. Man schlug vor, das Deutschland, England und Rußland mit je 1250 Pfund und die übrigen betheiligten Länder mit je 262 Pfund betheiligen sollen.

(Telegramme.)

* London, 24. Okt. Der Verthagungsantrag. Derlin wurde nach lebhafter Debatte mit 200 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Orientpolitik.

(Telegramme.)

* Konstantinopel, 23. Okt. Der Zwischenfall im Rothen Meer ist dergestalt geregelt worden, daß die Flotte versprochen, die Piraten auszuliefern, und eine Entschädigung von 19 000 Maria-Theresiensthalern zu zahlen. Bis zur Durchführung des Versprechens verbleiben die Kanonenboote vor der Insel Mudi. Es verlautet, die Flotte rüfete in dieser Angelegenheit ein Circular an die Mächte.

* Konstantinopel, 24. Okt. Ein neuerliches Abkommen zwischen der Flotte und der französischen Vostschiff regelt die Zahlungen an Korando und Lubini folgendermaßen: Die Ottomanen zahlte vom Ergebnis der Konversion der Zollanleihe die zwei rüdtändigen Raten von 62 000 Pfund und garantiert die weiteren regelmäßigen Zahlungen. — Die russische Vostschiff überreichte gestern der Flotte die Note, in der den Verträgen gemäß die regelmäßige Bezahlung der Kriegsentchädigung auf Grund der verpflichteten Zahlungen verlangt wird. Die Flotte erklärte, daß die Zahlung der ganzen Jahresrente von 350 000 Pfund für Neujahr gesichert sei.

die Folgen der Schlacht für diese Gegend war. Sie sind dem Bericht eines Bevollmächtigten des Markgrafen Friedrich Magnus entnommen — ein geborener Basler aus der Familie des nachmaligen Kardinals Felsch —, der den Verkehr zwischen den Markgräflichen Beamten und den Franzosen zu vermitteln hatte. Er schreibt am 26. Oktober:

Sonderlich ist zu Weil, Haltungen, Fällingen, Detlingen, Binzen, Gimelbingen, Wittlingen und verschiedenen andern Orten sehr übel gehaust worden, also daß in dieser G. D. oberen Herrschaft, so zu sagen, fast kein Winkel, ja kein Busch, Baum oder Stein zu finden, der, wo er sprechen könnte, nicht entweder von Verwüstung, Feuer, Mord und Totschlag oder anderem Jammer und Elend erzählen müßte.

Eines hätte ich von meiner Statt wünschen mögen, daß doch alle und jede ehrlich gestimmte teutsche Gemüther diese so jammervolle Zerrüttung mit mir hätten gesehen und sonderlich die hauteur und Verachtung, mit denen ihre triumphirenden Feinde solche verübet, hätten aushalten müssen; so würde gewißlich in das Künftige ein mancher sein Leben mit weit größerer Freude zu seinem und des gemeinen Besten Defension aufopfern, als selbiges sothanem Elend aufheben und conservieren wollen. —

Großherzog Carl Friedrich sagte später einmal, daß der Markgräfer mit einem silbernen Flug ins Feld fahre, wenn er nur zwölf Jahre Frieden hätte. Wir sehen, damals war der Markgräfer weit davon entfernt. —

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 24. Oktober.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin traf gestern Vormittag 10 Uhr 22 Minuten in Schopfheim ein und begab sich sogleich in die Generalversammlung des Badischen Frauenvereins, welche mit einer kurzen Unterbrechung bis Nachmittags 4 Uhr dauerte und von ungefähr 350 Vertretern von 63 Vereinen besucht war. Nach Schluß der Verhandlungen nahm Höchstselbe zahlreiche Vorstellungen entgegen. Hierauf machte Ihre Königliche Hoheit einen Besuch in dem Hause der Präsidentin des Frauenvereins, Frau A. Kym-Krafft und besichtigte sodann die Frauenerwerbschule, die Kleinkinderschule, die Hochschule und das städtische Spital. Zum Schluß nahm Höchstselbe den Thee bei Frau Präsidentin von Grimm in der Wohnung des Amtsdirektors, Oberamtmanns von Grimm. Die Rückreise nach Schloß Baden erfolgte um 7 Uhr 42 Minuten Abends.

** Vom 10. bis 25. Dezember d. J. findet in Paris im Grand Palais (Champs Elysées), dem Grand Palais des Beaux Arts der Weltausstellung 1900, eine „Fünftes Internationale Ausstellung für Automobil- und Fahrradindustrie, sowie für das gesamte Sportwesen“ statt. Das Programm der Ausstellung kann in der Groß. Landesgesetzverordnungen eingesehen werden.

† Vom 1. November ab können auf dem Wege über Hamburg (mit Schiffen der deutschen Lebantlinie) Pakete bis 20 Kilogramm — statt bisher 10 Kilogramm — nach den deutschen Postanstalten in der Türkei (Konstantinopel, Beirut, Smyrna, Jaffa, Jerusalem) Beförderung erhalten. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird durch Vermittlung der deutschen Lebantlinie ein Postfachdienst für Pakete bis 20 Kilogramm ohne oder mit Beförderung bis zu 1000 M. nach den kleinasiatischen Hafenplätzen Alexandrette und Mersina eingerichtet.

Ueber die Verwendungsbedingungen erteilen die Postanstalten Auskunft.
† (Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Konstantinopel.) Etsamäßig angestellt sind die Postassistenten Fuchs in Singen und Schmid in Waldshut als Postassistenten.
Verfetzt sind die Postassistenten Köllin von Konstantin nach Götha, Meinger von Donaueschingen nach Freiburg; die Postassistenten Wunde von Wang nach Dinglingen, Kumba von Dinglingen nach Wang, Schley von St. Georgen (Schwarzwald) nach Lörrach.
Geförbten sind die Ober-Postassistenten Geiger in Offenburg und Jengeler in Willingen.

* (Badischer Frauenverein.) In Schopfheim hat gestern die 43. Landesversammlung des Badischen Frauenvereins getagt, die wie alljährlich durch den Besuch Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin ausgezeichnet war. Wir haben die Thätigkeit des Frauenvereins im verflochtenen Vereinsjahr bereits in mehreren Artikeln besprochen. Indem wir in folgendem eine uns heute zugangene kurze Mittheilung wiedergeben, behalten wir uns vor, über die gestrige Landesversammlung noch ausführlicher zu berichten:

b. Die Landesversammlung des Badischen Frauenvereins war von 3 bis 400 Personen aus allen Theilen des Landes besucht. Die Stadt war reich besetzt und die Häuser mit Blumenquirlen geschmückt. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin traf um halb 11 Uhr hier ein und wurde am Bahnhof von dem Landeskommissar, Geh. Oberregierungsrathe Föhrenbach, dem Oberamtmann von Grimm und Bürgermeister Penzling in Schopfheim begrüßt. Sogleich wurde Ihre Königliche Hoheit eine Abordnung hiesiger junger Mädchen in Wartgastler Tracht, von denen eine einen poetischen Willkommengruß in altemannischem Dialekt vortrug. Unter den Hochrufen der Volksmenge fuhr die Großherzogin sodann nach dem Gasthof zum „Pflug“, wo bereits um 10 Uhr die Versammlung des Frauenvereins durch Geh. Rath Sachs eröffnet worden war. Mit einer kurzen Mittagspause dauerte die Sitzung bis 4 Uhr. Geh. Rath Sachs erstattete den Jahresbericht, Stadtpfarrer Faust von Schopfheim referirte über das Thema „Wie nützt sich unser Volk“, Obermedizinalrath Hauser über Krankenpflege auf dem Lande. Zu Beginn der Sitzung waren an Ihre Majestät die Kaiserin und an Ihre Königliche Hoheit die Erbgrößherzogin Begrüßungstelegramme abgesandt worden. Im Laufe des Nachmittags traf von Ihrer Königlichen Hoheit der Erbgrößherzogin aus Koblenz eine telegraphische Antwort ein, in welcher Höchstselbe bedauerte, an dem Besuche der Versammlung verhindert zu sein und dem Badischen Frauenverein weiteres Wohlwünschen. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin besuchte dann auf einer Rundfahrt durch die illuminierte Stadt verschiedene öffentliche Anstalten. Die Abreise nach Schloß Baden erfolgte gegen 8 Uhr.

* (Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion des Großh. Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgetheilt: Am Freitag, den 31. Oktober, werden als Neuheiten die dreiatzige Komödie „Die Lotalbahn“ von Ludwig Thoma, dem Verfasser der „Medaille“, und die einaktige Burleske „Stichwahl“ von Max Dreher gegeben werden. Weiterhin bringt das Schauspiel am Dienstag, den 28. Oktober, „Die Familie Schroffenstein“, am Samstag, den 1. November, „Die Frau vom Meer“. Auf musikalischem Gebiete gelangt am Donnerstag, den 30. Oktober, „Das goldene Kreuz“, am Sonntag, den 2. November, „Götterdämmerung“ zur Aufführung. In Vorbereitung befindet sich eine Neuinszenierung von Gluck „Phigeneia in Aulis“. Als nächste Neuheit des Schauspielers ist für die zweite Hälfte des November Maurice Maeterlincks neuestes Schauspiel „Monna Hanna“ in Aussicht genommen.

▲ (Aus dem Polizeibericht.) Am 22. d. M. Vormittags 11 Uhr, entstand in einer im Hinterhaus gelegenen Futterkammer eines Metzgermeisters in der Amalienstraße auf bis jetzt nicht aufgeklärten Weise Feuer, wobei 17 Zentner Hen, 16 Zentner Stroh und 4 Zentner Hafer theils verbrannten, theils durch Wasser beschädigt wurden. Das Feuer wurde durch den Metzgermeister und einem Metzgerburschen wieder gelöscht.

* Kleine Nachrichten aus Baden. In vergangener Nacht brach in Redarbischofheim ein Großfeuer aus, welches drei Wohnhäuser und vier Scheuern in kurzer Zeit einäscherte. Die Brandbeschädigten sind größtentheils versichert. Es wird Brandstiftung vermutet. — Am Mittwoch früh entstand in dem

Hause des Landwirths J. Wöhler in Giersbach, Amt Säckingen, ein Schadenfeuer, wodurch das ganze Gebäude eingeeäschert wurde. Wöhler ist versichert. Die Entfesselungsurache ist noch unbekannt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 24. Okt. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet: In dem Befinden des Abgeordneten Nidert ist eine Besserung eingetreten. Das Bewußtsein stellte sich wieder ein. (Das „Berliner Tageblatt“ meldet dagegen: Im Befinden des Reichstagsabgeordneten Nidert hielt die Besserung nicht an. Die Kräfte haben stark nachgelassen. Der Kranke verweigerte die Nahrungsaufnahme.)

* Wien, 24. Okt. Seine Majestät der Kaiser stattete gestern Nachmittag Seiner Majestät dem König von Griechenland einen nahezu dreiviertelstündigen Besuch ab. Die Begegnung beider Monarchen trug einen sehr herrlichen Charakter. Später erwartete der König den Besuch.

* Wien, 23. Okt. Abgeordnetenhause. Das Haus berath den Antrag des Mißbilligungsausschusses, dem Abgeordneten Berger wegen der gestrigen beleidigenden Juriste Mißbilligung auszusprechen. Dann folgten wiederholt erregte Auseinandersetzungen zwischen Aldeutschen und Czechen. Bei der Abstimmung ergab sich Beschlußunfähigkeit des Hauses. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird dieselbe sofort geschlossen. (Weisfall und Handklatzchen bei den Aldeutschen.)

* Haag, 24. Okt. Ihre Majestät die Königin und Prinz Heinrich der Niederlande beabsichtigen, sich am 31. Oktober nach Medlenburg zu begeben und dort einige Zeit zu verweilen.

* Paris, 23. Okt. Die Regierung verhängte über den Generalstab der Dägers Befehl, La Vigant, der bei den Erzbischofen und Bischöfen Unterschriften für die an das Parlament gerichtete Petition gesammelt hatte, die Gehaltsperze.

* Rom, 24. Okt. Bezüglich der Seeräuberien im Nothen Meer veröffentlicht die „Tribuna“, daß eine bestimmte Entschädigungssumme noch nicht festgesetzt sei. Die Türkei erkannte lediglich im Prinzip an, daß sie Schadenersatz leisten werde. Maßnahmen gegen die Seeräuber sind eingeleitet.

* Kopenhagen, 23. Okt. Folketing. Der Vorsitz der Rindereformpartei, Andreas Nielsen, dankte namens seiner Partei der Regierung für ihre Haltung aus Anlaß des gestrigen Landstingsbeschlusses. Der Ministerpräsident sprach sich Bedauern darüber aus, daß der Landstingsbeschluss Dänemark als ein Land hinstelle, welche sein vor nicht halte. Das heutige Ministerium trage die Verantwortung dafür nicht, daß man über die Sache verhandelt habe. Wir tragen nicht die Verantwortung für das fünfjährige Schicksal der Inseln.

* Kopenhagen, 23. Okt. „Nationaltidende“ theilt mit, ein kapitalträchtiges Konjunktium von Danen und Großkaufleuten beabsichtigt die Errichtung einer neuen Bank in Dänisch-Westindien, ferner die Herstellung einer Dampferverbindung mit Einrichtung neuer landwirthschaftlicher Kulturen, besonders des Tabakbaues auf den dänisch-westindischen Inseln.

* Stockholm, 23. Okt. Amtlich wird mitgetheilt, König Oscar hat den Schiedsspruch in der Samoaangelegenheit am 14. Oktober abgegeben. Die eigenhändig unterzeichneten Exemplare werden den hiesigen Gesandten der beteiligten Staaten eingehändigt. Der Inhalt des Schiedspruches ist nicht veröffentlicht worden.

* London, 24. Okt. Eine Regierungsdepeche aus Berbera, datirt vom 22. Oktober, meldet, daß die Streitmacht des Obersten Wayne, ohne angegriffen zu werden, sich nach Voholle zurückzog. Die Lage ist somit befriedigender, aber die an das Punjabregiment erlassenen Befehle werden nicht zurückgezogen, da die weitere Entwicklung abgewartet werden muß. Alle Verwundeten befinden sich sehr wohl.

* London, 24. Okt. Reuters Bureau meldet, die angeblichen Briefe über die militärische Lage der Somaliländer und die Erhebung von Maringeshähen durch den Mahal beruhen auf Erfindung. Ein Londoner Rechtsanwalt gestand bereits, dieselben erfunden zu haben. Er will damit bezweckt haben, die bürokratischen Organe zu hinterzogen.

* London, 24. Okt. Die „Times“ meldet aus Peking: Da zwischen der großen Mauer und dem Jiau-Flusse Käuheren herrschen, hat China die hiesige Gesandtschaft um die Erlaubnis, 1000 Mann ausgedienter Truppen in die erregten Bezirke entsenden zu dürfen. Die Gesandtschaft erwiderte, sie müsse die Angelegenheit nach Port Arthur berathen.

* Sofia, 24. Okt. Es verlautet, die bulgarische Regierung habe an die Großmächte eine Note gerichtet, in der sie die türkischen Anschuldigungen, daß sie die macedonische Bewegung unterstütze, zurückweist, dann aber die Aufmerksamkeit der Mächte auf die drohende Lage in Macedonien lenkt und um Reformen bittet. Andernfalls sei sie nicht in der Lage, die Bewegung der Bulgaren zu Gunsten der Macedonier zurückzuhalten.

* Sofia, 24. Okt. In dem Prozeß gegen den Mörder Stambulows, Galju, wurde der Angeklagte auf Grund des einstimmigen Wahlspruches der Geschworenen wegen Mordes zum Tode durch den Strang verurtheilt.

* New-York, 23. Okt. Nach einem Telegramm aus St. Domingo nahmen die Regierungstruppen Montecristi nach heftigem Kampfe wieder, in dem beide Theile schwere Verluste erlitten. Der frühere Gouverneur Navarre, der den Aufstand leitete und sich der Stadt Montecristi bemächtigte, wurde gefangen genommen. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Jetzt herrscht in der dominikanischen Republik Ruhe.

* Washington, 24. Okt. Eine Depesche des Kommandanten des Kriegsschiffes „Cincinnati“ meldet, daß die Revolution von Neuem in der Republik Sant Domingo ausgebrochen ist. Frauen und Kinder flüchteten an Bord des „Cincinnati“.

* New-York, 24. Okt. Ein Telegramm aus Port of Spain meldet, die britischen und deutschen Kriegsschiffe vor La Guayra stellten in Abrede, daß Castro einen entscheidenden Sieg gewann. Die Offiziere seien der Ansicht, die Aufständigen hätten die Oberhand gefast.

Verschiedenes.

† Berlin, 23. Okt. Das Internationale Centralbureau zur Bekämpfung der Tuberkulose trat heute Vormittag unter Vorsitz des Staatssekretärs Grafen Posadowsky zusammen, welcher die Versammlung namens des Reichskanzlers begrüßte, das Interesse betonte, das der Reichskanzler an den Verhandlungen nehme und auf die Solidarität der Wissenschaft und Praxis hinwies, die schon herrliche Früchte getragen habe. Hoffentlich werde es diesem Jahrhundert beschieden sein, die Tuberkulose zu überwinden. Namens der Protektorin, Ihrer Majestät der Kaiserin, hieß Vizegouverneurmeister von dem Knefeler die Erschienenen willkommen. Oberbürgermeister Kirchner entbot den Gruß der Stadt Berlin, worauf die Delegirten des Auslandes die Grüße ihrer Länder und Regierungen ausdrückten. Brouardel-Paris überbrachte eine Einladung der „Société internationale antituberculeuse“, die nächste Tagung in Paris stattfinden zu lassen. Graf Posadowsky dankte. Sodann schilderte Ritter Arch-Bien, welches Interesse Oesterreich-Ungarn bis in die weitesten Volksschichten an der Bekämpfung der Tuberkulose nehme. Erst kürzlich habe der Chef der österreichischen Regierung durch ein Rundschreiben sämtliche Verwaltungsorgane in den Dienst der Bekämpfung der Tuberkulose gestellt, und alle Landes- und Gemeindebehörden zur intensiven Mitwirkung an dieser Aufgabe aufgerufen. Regierung und Bevölkerung Oesterreichs nähmen also das größte Interesse an den Verhandlungen der Konferenz. Dann begannen die eigentlichen Verhandlungen. Brouardel hatte den Vorsitz. In der Vormittagsitzung der Tuberkulosekonferenz gaben Fraenkel-Berlin und Panatik-Berlin einen Ueberblick über die Tuberkulosebekämpfung. Redner verschiedener Staaten besprachen sodann den Stand der Bestrebungen in den einzelnen Ländern mit Mitteln zur weiteren Propaganda. — In der Nachmittagsitzung, in der Schroetter-Wien und Murandi-Budapest den Vorsitz führten, besprach zunächst v. Baumgarten-Tübingen den Kampf gegen die Tuberkulose vom Standpunkt der pathologischen Myologie. Zum Beratungsgegenstand „Anzeigepflicht“ sprachen Andward-Christiana, Schroetter-Wien, Geh. Rath Kirchner vom preussischen Unterrichtsministerium. Die Redner empfahlen die Einsetzung einer engeren Kommission zur Regelung der Frage. Zum Thema „Polikliniken und Dispensaires“ sprachen Calmelle-Bille und Rubino-Neapel. Sodann berichtete Sternberg-Wien über Arbeiterschutz und Tuberkulose, Freund-Berlin über Krankheitsverhütungsvorschriften in den Arbeitsstätten, Savoire-Paris über die Nothwendigkeit obligatorischer ärztlicher Ueberwachung der Werkstätten und sonstiger Aufenthaltsräume. Mit einem Vortrage von Kuch v. Duhrab-Wien über Spunumbeseitigung und Diskussion schloß die Sitzung. Darnach folgten die Konferenztheilnehmer einer Einladung des Grafen Wilow zum Thee.

† Venedig, 24. Okt. (Telegr.) Im Hafen von Malamocco fand ein Zusammenstoß zwischen einem englischen Dampfer und dem deutschen Dampfer „Wagdad“ statt. Der englische Dampfer wurde erheblich beschädigt. Beide gerietten auf Grund.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Samstag, 25. Okt. Abth. A. 14. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Zum ersten Male wiederholt: „Die Familie Schroffenstein“, Trauerspiel in 5 Akten von Kleist. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Sonntag, 26. Okt. Abth. C. 14. Ab.-Vorst. (Große Preise.) „Wohengrin“, große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende gegen halb 11 Uhr.

Dienstag, 28. Okt. Abth. B. 14. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Die Familie Schroffenstein“, Trauerspiel in 5 Akten von Kleist. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Wetter am Donnerstag, den 23. Oktober 1902.

Hamburg, Münster und Chemnitz ziemlich heiter, Schweinmünde, Breslau und Reg meist bewölkt, Neufahrwasser zeitweise Regenschauer, München Vormittags Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 24. Oktober 1902, Vormittags 7 Uhr.
Triest halbbedeckt 9°, Rom bedeckt 13°, Florenz bedeckt 12°.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrog.

vom 24. Oktober 1902.

Während Depressionen im hohen Norden, sowie über Italien liegen, bedeckt ein barometrisches Maximum, in dem der Luftdruck über 775 Millimeter ansteigt, Mittel- und Ost-Europa; hier herrscht deshalb heiteres oder neblig-bewölkt. Die Morgen- und Abendtemperaturen liegen meist ein wenig über dem Gefrierpunkt, stellenweise waren sie darunter gesunken. In Nordwest-Europa ist es dagegen sehr mild; am Morgen wurden dort Thermometerstände von 11 bis 14 Grad beobachtet. Heiteres oder neblig-bewölkt und kühles Wetter ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Oktober	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. in mm	Relativ. Feucht. in %	Wind	Himmel
23. Nachts 9 ⁰⁰ U.	763.9	5.8	6.7	97	NE	heiter
24. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	765.8	1.4	4.9	96	„	„
24. Mittas. 2 ⁰⁰ U.	764.8	11.6	5.6	55	„	„

¹) Relf.

Höchste Temperatur am 23. Oktober: 11.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.0.

Niederschlagsmenge des 23. Oktober: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 24. Oktober: 4.36 m, gestiegen 16 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Sind Sie magenleidend, müssen Sie in der Wahl der Speisen vorsichtig sein, versuchen Sie es mit Dr. Knecht's Magenbitter „Sänlis“, die Wirkung ist eine ganz überraschende. Grosse Flasche M. 2.50, Probeflasche 1.00. Überall erhältlich.

Pflegt die Zähne mit:
Tilit

Dr. Kux & Finner, Zirkel 30. Fernsprecher 225.

Hoflieferanten,
Hauptniederlage natürlicher, Fabrik künstlicher
Mineralwasser, Fruchtsäfte, Alkoholfreie Getränke. T 542-18

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Soeben erschienen:

Freiburger Abhandlungen aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts

herausgegeben von
Woldemar von Rohland Heinrich Rosin
Richard Schmidt

Das Strafrecht der französischen Encyclopädie

Ein Beitrag zur Geschichte der Aufklärung im achtzehnten Jahrhundert

von
Dr. jur. Alfred Freiherr von Overbeck.

Preis 3 Mark.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Öffentliche Vorträge für Damen im Saale des Viktoria-Pensionats in Karlsruhe (Baden)

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag
jeweils von 11-12 Uhr Vormittags.

Dienstag — Populäre Astronomie: Oberlehrer Nebmann.

Mittwoch — Neue deutsche Kunstgeschichte: Dr. Max Wingenroth.

Donnerstag — Neuere Geschichte seit 1648 mit besonderer Berücksichtigung
Karl Friedrichs und der Entstehung des Großherzogtums Baden: Archi-
vassessor Dr. Brunner, Privatdozent an der Technischen Hochschule.

Freitag — Neuere deutsche Literatur: Professor Kiefer.

Beginn der Vorträge: Dienstag, den 28. Oktober. Jedes Fach wird
20 Vortragsstunden ausfallen. Anmeldungen werden bis zum 25. Oktober
täglich von 10-11 Uhr im Sprechzimmer des Viktoria-Pensionats entgegen-
genommen, wofür während der genannten Stunde jede gewünschte Auskunft
erteilt wird.

Karten für sämtliche Vorträge 40 M., für einzelne Fächer je 12 M.

J. B. A. Streckert.

Dr. Neumann,

Specialarzt für Nervenkrankheiten
ist von der Reise zurückgekehrt
und wohnt jetzt

Stefanienstrasse 71 p.
Ecke des Kaiserplatzes.

Sprechstunden: 10-12, 1/3-4. Telephon 1003.

XI. Strassburger Pferde-Lotterie

Ziehung sicher 15. November 1902.

Kleine Looszahl! Verminderung der Gewinne ausgeschlossen!

1200 Gew. 39000 Haupt-Gew. 10000

Die 1180 letzten Gewinne werden mit 10%, und die 81 ersten
Gewinne mit 25% Abzug vom Generalgewinn ausbezahlt.
1 Loos 1 Mk., 11 Loose 10 Mk.; Porto u. Liste 25 Pf. extra

empfehlen J. STÜRMER, General-Agentur Strassburg i. E.

Hier bei: C. Götz, Hebelstr. 11/15, A. v. Perlestein, E. Dahlemann,
Chr. Wieder, L. Michel. B-935,9



Otto E. Weber
Radebeul - Dresden.

T 197,9

Weber's Carlsbader Kaffeegewürz

Ist die Krone aller Kaffee-
verbesserungsmittel.
Weltberühmt
als der feinste Kaffeezusatz.



Eiermann's
Backpulver
ist und bleibt
das Beste!

Lieferung einer Feuerspritze.

Die Gemeinde Weilheim Amt
Waldshut vergibt die Lieferung einer
fabrikbaren Feuerspritze B65,2
Angebote sind innerhalb 14 Tagen
beim Bürgermeisterei einzureichen.
Weilheim, den 21. Oktober 1902.
Das Bürgermeisterei:
Bürgermeister Hilpert.

Die Schreibgehilfenstelle

Bei unterfertigtem Notariat ist alsbald
zu besetzen. Jahresvergütung 600 M.
Gelegene Bewerber mit schöner Hand-
schrift wollen sich sofort melden. At-
tuarsinapien werden bevorzugt.
Abelsheim, den 22. Oktober 1902.
Großh. Notariat I.
Fürst. B 74

Bürgerliche Rechtsfreite.

Labung.
B-64.2. Nr. 12008. Heidelberg.
In der Ehecheidungssache der Ehefrau
des Bildhauers Johann Heinrich
Welsch, Sophie Margaretha geborene
Keller, in Zürich — Prozeßbevoll-
mächtigter: Rechtsanwalt Schott in
Heidelberg —, gegen ihren Ehemann
Johann Heinrich Welsch, früher in
Heidelberg, jetzt unbekanntem Aufent-
halts, ist auf Antrag der Klägerin
neuer Termin i. S. d. § 618 C.P.O.
vor die 2. Zivilkammer des Großh.
Landgerichts Heidelberg bestimmt auf:
Dienstag, den 9. Dezember 1902,
Vormittags 9 Uhr,
zu welchem die Klägerin den Beklagten
mit der Aufforderung ladet, einen
bei dem genannten Gericht zugelass-
enen Anwalt zu bestellen.
Heidelberg, den 21. Oktober 1902.
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.
Schneider.

B-56.1. Nr. 41 008 I. Mannheim

Zahlungsverleumdung
Dienstrecht Georg Trost in Furt-
wangen, vertreten durch Rechtsanwalt
Dr. Garmann hier, hat das Eigen-
tum und den Verlust folgender
Pfandbriefe der Rheinischen Hypo-
thekendarbank Mannheim glaubhaft ge-
macht:

1. Serie 54 Lit. E Nr. 115 über
100 M. mit Coupon und Talon.
2. Serie 52 Lit. D Nr. 1425 über
200 M. mit Coupon und Talon.
3. Serie 76 Lit. B Nr. 2714 über
1000 M. mit Coupon und Talon.
4. Serie 62 Lit. E Nr. 13 329
über 100 M. mit Coupon und Talon.
5. Serie 80 Lit. E Nr. 14 339
über 100 M. mit Coupon und Talon.
6. Serie 80 Lit. D Nr. 11 071
über 200 M. mit Coupon und Talon.
7. Serie 80 Lit. C Nr. 8242 über
500 M. mit Coupon und Talon.
8. Serie 85 Lit. C Nr. 5874 über
500 M. mit Coupon und Talon.
9. Serie 85 Lit. C Nr. 6155 über
500 M. mit Coupon und Talon.

Auf Antrag des bisherigen Eigen-
tümers ergeht an die Rheinische Hy-
pothekendarbank Mannheim als Anstel-
lerin der genannten Wertpapiere das
Verbot,
an den Inhaber derselben eine Lei-
stung zu bewirken, insbesondere neue
Zinsscheine auszugeben.
Mannheim, den 17. Oktober 1902.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Mohr.

Angebot.

B-88.1 Nr. 18 111. M. Müllheim.
Der Johann Georg Großklaus,
pensionierter Bahnwart in Eineldingen
hat beantragt:

1. den verstorbenen Johann Georg
Großklaus, geb. am 12. Februar
1863 in Bingen, Amt Brrach, zuletzt
wohnhaft in Müllheim in Baden,
2. die verstorlene Christina Barbara
Großklaus, geb. am 2. Mai 1867
in Bingen, Amt Brrach, zuletzt woh-
nhaft in Müllheim in Baden
für tot zu erklären.

Die bezeichneten Verstorbenen werden
aufgefordert, sich spätestens in dem auf
Dienstag, den 2. Juni 1903,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht zu Müll-
heim in Baden anberaumten Aufgebots-
termine zu melden, widrigenfalls die
Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben
oder Tod der Verstorbenen zu erteilen
vermögen, ergeht die Aufforderung,
spätestens im Aufgebotsstermine dem
Gericht Anzeige zu machen.
Müllheim, den 20. Oktober 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Schiel.

Konkurse.

B-75. Nr. 10 575. Schönau i. B.
Das Konkursverfahren
über den Nachlaß des Kirch-
heimers Gustav Leisinger
von Neuenweg betr.
Beschluß.

Auf Antrag des Konkursverwalters
wird behufs Beschlußfassung über die
Verwertung der zur Konkursmasse
gehörigen Grundstücke Termin zur
Gläubigerversammlung bestimmt auf:
Samstag, den 8. November 1902,
Vormittags 10 Uhr.

Schönau i. B., den 18. Oktober 1902.
Großh. Amtsgericht.
gez. Giese.

Dies veröffentlicht:
Schönau i. B., den 20. Oktober 1902.
Hübner,
Gerichtsschreiber.

B-93. Nr. 45 820. Karlsruhe.
Ueber das Vermögen des Emil Wag-
ner zum Residenz-Café hier, wurde
am 23. Oktober 1902, Nachmittags
6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet,
da die Firma Planckhorn & Cie. in
St. Ludwig hierauf angetragen hat.

Der Kaufmann Karl Burger hier
wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum
17. November 1902 bei dem Gerichte
anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor
dem diesseitigen Gerichte, Akademie-
straße 2 A, Zimmer Nr. 17, zur Be-
schlußfassung über die Beibehaltung
des ernannten oder die Wahl eines
anderen Verwalters, sowie über die Be-
stellung eines Gläubigerausschusses und
eintretenden Falls über die in § 132
der Konkursordnung bezeichneten Ge-
genstände auf:
Montag den 17. November 1902,
Nachmittags 4 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf:
Montag den 24. November 1902,
Nachmittags 4 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
haben oder zur Konkursmasse etwas
schuldig sind, wird aufgegeben, nichts
an den Gemeindefuldner zu verabfolgen
oder zu leisten, auch die Verpflichtung
auferlegt, von dem Besitze der Sache
und von den Forderungen, für welche
sie aus der Sache abgefordert wer-
den, die Konkursverwaltung bis zum 17. No-
vember 1902 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, den 23. Oktober 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Boppé.

B-72. Nr. 45 492. Karlsruhe.
Das Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Handlungshändlers Josef
Brandner, Inhabers der Firma
Jof. Brandner in Karlsruhe, wurde
nach Abhaltung des Schlußtermins
durch Beschluß Großh. Amtsgerichts
hier vom 21. Oktober ds. Js. als durch
rechtskräftig bestätigten Zwangsver-
gleich beendet, aufgehoben.
Karlsruhe, den 21. Oktober 1902.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Boppé.

B-73. Nr. 48 671. Forstheim.
Das Konkursverfahren über den Nach-
laß des Andreas Hägler, Fuhrmann
in Forstheim wurde nach erfolgter Ab-
haltung des Schlußtermins und Ver-
teilung der Masse durch Beschluß Gr.
Amtsgerichts hier selbst vom heutigen
aufgehoben.
Forstheim, den 21. Oktober 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Kohrer.

B-53. Nr. 10 517. Schönau i. B.
Das Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Wirtshausbesizers Josef
Schönenberg wird nach erfolgter
Abhaltung des Schlußtermins und
Vollzugs der Schlußverteilung hier-
durch aufgehoben.
Schönau i. B., den 20. Okt. 1902.
Hübner,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Bekanntmachung.
B-46. Nr. 12 999. Wiesloch.

Den Nachlaß des Kauf-
manns Friedrich Stegmüller
III. in St. Leon betr.

Ueber den Nachlaß des am 7. Juli
1902 in St. Leon verstorbenen
Friedrich Stegmüller III. wird auf
Antrag der Erben die Nachlassverwal-
tung gemäß §§ 1981 ff. B.G.B. an-
geordnet.

Rechtsagent Philipp Schmitt in
Wiesloch wird zum Nachlasspfleger be-
stellt.
Wiesloch, den 21. Oktober 1902.
Großh. Amtsgericht.
gez. Brugier.

Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Schweinschaut.

B-89. Nr. 112 467. Heidelberg

Bekanntmachung.
Die Erweiterung der Sta-
tion Kirchheim, hier Entwei-
nungsverfahren betr.

Selne königliche Hofbet der Groß-
herzog haben mit Allerhöchster Staats-
ministerialverfügung d. d. Schloß
Mannau, den 9. Oktober d. Js. Nr.
1100 gnädigst auszusprechen geruht,
daß die nachgenannten Grundeigen-
tümer verpflichtet seien, zum Zwecke
der Erweiterung der Station Kirchheim im
Amtsbezirk Heidelberg und der damit
verbundenen Verlegung der Bahnüber-
führung des Kreisweges von Kirchheim
nach Rohrbach gegen vorgängige Ent-
schädigung die folgenden auf Gemarkung
Kirchheim und Rohrbach gelegenen
Grundstücke an die Großh. Eisenbahn-
bauverwaltung abzutreten:

A. Auf Gemarkung Kirchheim:
1. Johann Seel Ehefrau, Barbara
geb. Hoffmann in Rohrbach, 9 qm
Ackerland im Gewann Hüllenstein, Lager-
buch Nr. 812.

2. Landwirt Karl Friedrich Stumpf
in Kirchheim, 65 qm Ackerland im Ge-
wann Langengarten, Lagerbuch Nr.
4242.

3. Gastwirt Heinrich Rippenbach in
Kirchheim, 137 qm Ackerland im Ge-
wann Langengarten, Lagerbuch Nr.
4318 und 248 qm Ackerland im gleichen
Gewann, Lagerbuch Nr. 4318.

4. Landwirt Martin Sidmüller in
Kirchheim, 296 qm Hofraute, Ortsetter
und 196 qm Langengarten, Ortsetter,
Lagerbuch Nr. 566.

B. Auf Gemarkung Rohrbach:
5. Fabrikant Karl Alexander Weiß-
gerber in Heidelberg, 690 qm Acker-
land, Gewann Kolbenzell, Lagerbuch
Nr. 1786.

6. Landwirt Friedrich Spieß in
Kirchheim, 19 qm Ackerland, Gewann
Langgarten, Lagerbuch Nr. 1451.

7. Metzger Philipp Heinrich Eckert,
Bäcker Johann Eckert, beide in Heidel-
berg, und Margarethe Teuffel Ehefrau
geb. Ziegler in Kirchheim ihren Anteil
an 23 qm Ackerland, Gewann Lang-
garten, Lagerbuch Nr. 1452.
Heidelberg, den 20. Oktober 1902.
Großh. Bezirksamt.

B-91.1. Nr. 10 656. Mannheim.

Großh. Bad. Staats-
Eisenbahnen.
Ban des neuen Rangirbahnhofs
in Mannheim.

Verdingung.
Die Bauarbeiten zur Herstellung
des neuen Rangirbahnhofs in Mann-
heim sammt Nebenanlagen sollen in
einem Loos in öffentlichen Verding-
ungsverfahren vergeben werden.
Die Ausführung umfaßt rund:

- | | |
|---|-----------------------------------|
| a. 886 000 cbm Erdbewegung, | b. 137 000 qm Böschungsschächten, |
| c. 34 800 „ Weßflächen, | d. 185 000 cbm Verschotterung, |
| e. 148 000 kdm Gleisstützungen, | f. 5 100 „ Dürenntwässerung, |
| g. 8 000 qm Baugrubenausbau, | h. 800 „ Fundamentbeton, |
| i. 13 300 „ Mauerwerk der Bau-
werke, | k. 83 „ Werksteine in Granit, |
| l. 760 „ „ „ „ „ „ „ „
Werksteine in Sand-
stein, | |

wobei 180 000 cbm Schottersteine zu a
verwaltungsseitig geliefert werden.
Zeichnungen und Bedingungen liegen
auf dem Baubüro des Unterzeich-
neten in Mannheim, Argentinstraße Nr. 75,
2. Stock zur Einsichtnahme auf. Abgabe
derselben nach auswärts findet nicht
statt. Formulare für die Verdingungs-
anschläge können auf dem Baubüro in
Empfang genommen werden.

Angebote sind verschlossen und mit
entsprechender Aufschrift versehen bis
zum Verdingungstermin am
Montag den 10. November d. J.,
10 1/2 Uhr Vormittags,
auf dem Dienstzimmer des Unterzeich-
neten im Hauptbahnhof einzureichen,
an welchem Termin die Eröffnung der
Angebote in Gegenwart der etwa er-
scheinenden Bewerber daselbst stattfindet.
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Mannheim, den 22. Oktober 1902.
Der Großh. Bahnbauinspektor.

B-728.3 Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-
Eisenbahnen.

Wir verkaufen öffentlich: Abgängige
Betriebsmaterialien als Seile, Blech,
Kesselschweiß, Feuertöpfe, Garnir-
leinen, Schwefelsäure, Wagenbeden-
stücke von Keinen, Leberabfälle, Glas,
Buntmehl und Kaufschularen, Wasch-
tuchabfälle, Filzabfälle, Kofferscheppie,
Kesselpfannenabfälle und 15330 Stück
alte ausgebrauchte Glühlampen.

Angebote sind schriftlich, verschlossen
und mit der Aufschrift: „Verkauf
abgängiger Betriebsmaterialien“
spätestens bis
Dienstag, den 28. Oktober d. J.,
Vormittags 9 Uhr
bei uns einzureichen.

Die Verkaufsbedingungen und An-
gebotsbogen werden auf postfreie An-
frage von uns abgegeben.
Die Materialien können bei unserem
Hauptmagazin III hier besichtigt werden.
Karlsruhe, den 4. Oktober 1902.
Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Vergebung von Bauarbeiten.
Die zur Verbesserung der Zufahrt-
straße zur Station Hönningen erfor-
derlichen Erd-, Chanstrassen- und
Planierungsarbeiten, ferner die zur
Errichtung einer neuen Brücke über
den Dorfbach daselbst nötigen Erd-,
Beton-, Mauer-, Steinbauer- und
Flasterarbeiten sind nebst der Mate-
riallieferung zu vergeben.
Bedingungsheft, Verdingungsan-
schlag und Zeichnungen liegen auf
meinem Geschäftszimmer, Bismarck-
straße Nr. 7, zur Einsichtnahme auf.
Daselbst können auch Angebotsformu-
lare erhoben werden.
B-69.3
Schriftliche, verschlossene und den
diesseits angefertigten Formularen
entsprechende Angebote, die den Ter-
min der Fertigstellung aller Arbeiten
enthalten sollen, sind mit entsprechen-
der Aufschrift versehen bis längstens
31. Oktober d. J., Nachmittags 5 Uhr,
anher einzureichen, zu welchem Zeit-
punkt die Verdingungsverhandlung
stattfindet. Zuschlagsfrist 14 Tage.
Freiburg, den 21. Oktober 1902.
Der Großh. Bahnbauinspektor.